



Gemeinschaft

S. 5

Über 4 Millionen Menschen in NRW haben familiäre Wurzeln in fremden Ländern: Grund genug für die Landesregierung, einen Integrationsbericht vorzulegen. Auch ein Thema für den Landtag.

Geld

S. 7-11

Versprechen gehalten oder Versprechen gebrochen? Regierung und Opposition streiten im Plenum über das Tempo des Schuldenabbaus. Der Haushalt 2009 gerät zur Generaldebatte.

Gefahrenzulage

S. 13

Feuerwehr und Polizei riskieren zum Schutz der Bürger häufig Leben und Gesundheit. Auch zukünftig Anlass für einen finanziellen Ausgleich? Der Haushaltsausschuss debattierte mit Experten.

Geburtstag

S. 18

Das Land zu Gast in Wuppertal: 700.000 Menschen feierten unter blauem Himmel den 62. Gründungstag von Nordrhein-Westfalen. Auch der Landtag schlug seine Zelte auf. Einige Impressionen.



**Genau hingeschaut –
Der Haushalt auf dem parlamentarischen Prüfstand**

Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
Unter Strom	3
<i>Aktuelle Stunde zur Energiepolitik: Fraktionen uneins über Sozialtarife</i>	
Streichelzoo oder Schmutzdelkind	4
<i>Bewertung des Zentralabiturs führt zu Streit über die Gesamtschule</i>	
Konkrete Fortschritte oder Symbolpolitik?	5
<i>Geteilte Meinungen über den „Ersten Integrationsbericht“</i>	
Sintflut in Dortmund	6
<i>Einigkeit mit Blick auf schnelle Hilfe und verstärkte Vorbeugung</i>	
Was tun mit 53 Milliarden Euro?	7-9
<i>Erste Lesung des Haushalts: Gelegenheit zur Generaldebatte</i>	
Schlag auf Schlag	10-11
<i>Dieses Mal sind es die haushaltspolitischen Sprecher der Fraktionen</i>	
Gesetzgebung	12
Belastungen bleiben oft lebenslang	13
<i>Experten sprachen sich in öffentlicher Anhörung für Erhalt der Gefahrenzulage aus</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	14
Den Teufelskreis durchbrechen	15
<i>Öffentliche Anhörung zum Thema Kinderschutz</i>	
Aus den Fraktionen	16-17
NRW-Tag in Wuppertal	18
<i>Eindrücke und Impressionen</i>	
Porträt: Oliver Wittke (CDU)	19
FCL zwingt Air Berlin nieder	19
Impressum	19
Meldungen	20



Seit dem 1. August 1980 hat der Journalist Jürgen Knepper für „Landtag intern“ und damit für die Öffentlichkeitsarbeit des NRW-Parlaments geschrieben, redigiert, gestaltet. Unzählige Artikel über Gesetze, Initiativen und Anträge, über zahllose Ausschuss- und Plenarsitzungen, über fünf NRW-Wahlen, über Abgeordnete und Präsidenten, über Minister und Ministerpräsidenten stammen aus der Feder des Journalisten, der nach dem Studium der Publizistik, Romanistik und Germanistik für verschiedene Tageszeitungen gearbeitet hat. Sein Markenzeichen ist die unparteiische und ausgewogene Information, die den Bürgerinnen und Bürgern die Arbeit des Landtags näherbringen soll. Den Lesern von „Landtag intern“ fühlt er sich verpflichtet; sie sollen parlamentarische Arbeit nachvollziehen können und damit an der politischen Willensbildung teilhaben. Und so die Institution „Landtag“ als ihr Haus schätzen lernen.

SORGFALT

Nun ist der 65-jährige Chefredakteur von „Landtag intern“ zum 1. September 2008 aus der Landtagsverwaltung ausgeschieden. Rund 28 Jahre hat der Liebhaber klassischer Musik für die parlamentarische Demokratie geschrieben: seriös, sachlich, parteipolitisch neutral. Er war mit Leidenschaft bei seiner Arbeit und hat mit seinen Kolleginnen und Kollegen die Parlamentszeitschrift mit Liebe und Sorgfalt geplant und weiterentwickelt, Schritt für Schritt verändert und neuen Bedingungen und neuen Bedürfnissen der Leserschaft angepasst. Er hat Brüche vermieden und für Kontinuität gesorgt. Knepper, Vater zweier Kinder, lebt mit seiner Frau in Ratingen. Der profunde Kenner nicht nur der Landespolitik, sondern auch der nordrhein-westfälischen Landschaften, die er gerne erwandert, wird nun als „Externer“ seine Erfahrung und seine Kenntnisse über landespolitische Ereignisse und Personen der Redaktion von „Landtag intern“ zur Verfügung stellen. Die Redaktion ist froh darüber. Alles Gute, Jürgen Knepper. HZ

Unter Strom

Aktuelle Stunde zur Energiepolitik: Fraktionen uneins über Sozialtarife

27. August 2008 – „Menschen beim Energiesparen unterstützen und Stromspartarife schnell einführen“ forderten die Fraktionen von SPD und GRÜNEN in einer Aktuellen Stunde (Drs. 14/7388). Ausgangspunkt für die Diskussion um den ordnungspolitisch und marktwirtschaftlich richtigen Weg bildete ein Vorschlag von Bundesverbraucherminister Horst Seehofer, gestaffelte Stromtarife einzuführen, die das Stromsparen belohnen und jedem Haushalt helfen sollen, die Energiekosten zu reduzieren. Die Energieversorger dürften nicht zu Trägern der Sozialleistungen gemacht werden, hielten die Regierungsfaktionen entgegen.

Uwe Leuchtenberg (SPD) begründete den Antrag der Oppositionsfraktionen mit langfristig stark steigenden Energiepreisen. Zunehmend trafen die steigenden Preise neben den Geringverdienern auch immer mehr Haushalte mit höheren Einkommen. Deswegen gelte es, die Menschen beim Energiesparen auch finanziell zu unterstützen. Zuschüsse für energieeffiziente Kühlschränke und Waschmaschinen würden langfristig am besten gegen steigende Energiepreise helfen. Keine Lösung sei es hingegen, den hohen Energiebedarf durch staatliche Transferleistungen tragbar zu machen, auch Steuersenkungen würden nicht zum Ziel führen. „Hier ist die soziale Marktwirtschaft gefordert. Die freien Kräfte des Marktes allein werden dies nicht lösen können“, so Leuchtenberg.

Christian Weisbrich (CDU) erklärte, seine Partei teile die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger über steigende Energiepreise. Den Menschen dürfe jedoch kein Sand in die Augen gestreut werden. Eine Streichung der Ökosteuer verbunden mit einer Senkung der Mehrwertsteuer auf Haushaltsstrom sei viel rascher und nachhaltiger wirksam als jeder

Sozialtarif. Er forderte zudem, die Angebote der Energieberatung auszuweiten und den Einsatz energiesparender Haushaltsgeräte zu fördern. Weisbrich unterstrich, es gelte, marktwirtschaftlich zu handeln und staatliche Preisregulierung zu unterlassen. Seine Fazit: „Finger weg von staatlichen Kalkulationsvorschriften zulasten privater Unternehmen und einzelner Kundengruppen.“

Reiner Priggen (GRÜNE) betonte, bei den von Horst Seehofer vorgeschlagenen Stromspartarifen handele es sich um eine Umstrukturierung, die für alle Geringverdiener greife. Der Vorschlag, die Grundgebühr für den Energiebezug wegfällen zu lassen und den Einstiegsbereich festzusetzen, in welchem der Strom günstiger ist, sei vernünftig. „Wir schreiben den Unternehmen nicht den Preis in Cent pro Kilowattstunde vor. Das sollten wir auch nicht tun. Aber wir sollten Tarifstrukturen vorgeben, auf deren Grundlage die Unternehmen dann ihren Wettbewerb machen können. Das ist ein Stück weit unsere sozialpolitische Verantwortung“, so Priggen im Plenum. Ein bloßer Appell an die Unternehmen reiche ihm nicht aus.

Dietmar Brockes (FDP) argumentierte, die Oppositionsfraktionen hätten zwar das Problem erkannt, ihr Lösungsansatz sei jedoch ungeeignet. So bezeichnete er den vorgeschlagenen Stromspartarif als unsozial: Ein hoher Energieverbrauch gehe in der Regel nicht mit einem hohen Einkommen einher. Familien mit Kindern, sozial Schwächere und Rentner hätten nicht das Geld, sich die energiesparenden Haushaltsgeräte anzuschaffen und dadurch ihren Energiebedarf zu senken. Der FDP gehe es darum, die Energieversorger zu ermuntern, mit neuen flexiblen Preisgestaltungen ein Mehr an Wettbewerb zu schaffen. „Der Verbraucher muss in die Lage versetzt werden, seinen individuellen Stromverbrauch exakt nachzuvollziehen und somit ineffiziente Geräte zu identifizieren.“ „Wir müssen es ihm ermöglichen, sich für den für ihn persönlich günstigsten Anbieter zu entscheiden und dann auch zu wechseln“, so Brockes.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) hob hervor, die Landesregierung nehme die Auswirkungen steigender Energiepreise auf die einkommensschwache Bevölkerungsschicht sehr ernst. Die Sozial- oder Stromspartarife entsprächen jedoch nicht der „Kostenverursachungsgerechtigkeit“, zudem fehle ihnen die notwendige Zielgenauigkeit. Ein niedriges Einkommen bedeute weder automatisch einen niedrigen Energieverbrauch, noch gelte das Umgekehrte. Schließlich seien die Unternehmen je nach Sozialstruktur ihrer Abnehmer unterschiedlich stark belastet. Um hier die Wettbewerbsneutralität zu gewährleisten, müsste ein Umlagesystem und somit mehr Bürokratie erschaffen werden. Thoben: „Die finanzielle Sicherung der Energieversorgung ist durch das bewährte System staatlicher Transferleistungen zu regeln.“ ■

Antrittsbesuch

Zu einem Antrittsbesuch in den Landtag kamen der neue Botschafter sowie der neue Generalkonsul der Republik Türkei. Das Foto zeigt (von links) Landtagspräsidentin Regina van Dinter, den neuen Botschafter Ali Ahmet Acet, den Vizepräsidenten und Vorsitzenden der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe Oliver Keymis, den scheidenden Generalkonsul in Düsseldorf Mehmet Hakan Olcay sowie den künftigen Generalkonsul Hakan Kivanc. Foto: Schälte



Streichelzoo oder Schmutzkind?

Bewertung des Zentralabiturs führt zu Streit über die Gesamtschule

28. August 2008 – Thema der Aktuellen Stunde im Düsseldorfer Landtag war das vor zwei Jahren in NRW eingeführte Zentralabitur. Stein des Anstoßes waren die Anträge der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 14/7398) sowie der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Drs. 14/7390). Ausgehend von der Evaluierung des Zentralabiturs 2008 kam die Regierungsfraktion zu folgendem Schluss: „Die neue Abiturprüfung hat sich bewährt.“ Die Oppositionsfraktion hingegen kritisierte insbesondere Schulministerin Barbara Sommer aufgrund von „unqualifizierten Angriffen“ auf die Gesamtschulen. Bei einer Pressekonferenz habe Sommer den Eindruck vermittelt, dass an Gesamtschulen im Vergleich zu Gymnasien ein minderwertiges Abitur vergeben würde.

Klaus Kaiser (CDU) wies zu Beginn seiner Rede mit Nachdruck darauf hin, dass die Abiturienten in diesem Jahr das beste Ergebnis seit Erfassung der Abiturergebnisse im Jahre 1992 erzielt hätten. Das neue Zentralabitur in Nordrhein-Westfalen stellt für den schulpolitischen Sprecher der CDU daher nicht nur eine Erfolgsgeschichte für Schüler, Eltern und Lehrer, sondern auch für die Landesregierung dar. Die Opposition habe dagegen nur ein Konzept: die Skandalisierung aller schulpolitischen Themen. Vor diesem Hintergrund sein Appell: „Es ist jetzt an der Zeit, mit ins Boot zu steigen, die griesgrämige und parteipolemische Brille abzusetzen und allen Schülern des Abi-Jahrgangs 2008 zu ihren Leistungen herzlich zu gratulieren.“

Ute Schäfer (SPD) bewertete das Zentralabitur naturgemäß ganz anders: „Man muss feststellen, dass das Abitur 2008 ein Pannenahtur war, wie es in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen einmalig ist.“ Mit einem Fingerzeig an die Schulministerin forderte die SPD-Abgeordnete, dass

man bei einem Vergleich der unterschiedlichen Schulformen auch die verschiedenen sozialen Ausgangssituationen berücksichtigen müsse: „Die Gesamtschulen und Gymnasien haben beim Zentralabitur seit zwei Jahren die gleichen Bedingungen. Nach wie vor muss ich aber auch feststellen, dass die Gesamtschulen und Gymnasien unterschiedliche Startchancen haben auf dem Weg zum Abitur.“ Die Regierungskoalition blende die soziale Herkunft der Gesamtschüler aus.

Ralf Witzel (FDP) unterstrich, die Ergebnisse des Zentralabiturs zeigten doch erhebliche Leistungsunterschiede: „Wer behauptet, gymnasiales Abitur und Abitur an den Gesamtschulen seien identisch, da Gesamtschüler im Abiturnotendurchschnitt nur um eine Drittelnote schlechter als Gymnasiasten seien, täuscht die Öffentlichkeit.“ Es gebe große strukturelle Unterschiede von Gesamtschulen und Gymnasien. Das Ergebnis: Gesamtschuloberstufen seien die „selektivste Schulform“ in unserem allgemeinbildenden Bildungswesen, daher – so der FDP-

Politiker – müssten sie abgeschafft werden. Sein Fazit war denn auch zugleich ein Angriff auf Rot-Grün: „Gesamtschulen gehören raus aus dem politischen Streichelzoo und rein ins Fitnessstudio.“

Sigrid Beer (GRÜNE) bezog sich in ihrer Stellungnahme ebenfalls auf die Pressekonferenz, auf welcher sich Schulministerin Barbara Sommer nachteilig zum Thema Gesamtschule geäußert habe. Es sei „fatal, dass Sie sich in Ihrer Auftaktpressekonferenz offensichtlich vor einen ideologischen Karren haben spannen lassen und Polemik gegen eine Schulform ausgebracht haben“, kritisierte Beer die Schulministerin. Einerseits lobte Sommer das Zentralabitur über den „grünen Klee“, andererseits aber verkündete sie, Gesamtschülerinnen- und -schüler legten ein „Abi light“ ab. Beer: „Mit welcher Begründung wird bei gleicher Aufgabenstellung das Abitur bei den Gesamtschulen als ‚Abitur light‘ bezeichnet? Das kann man keinem Menschen erklären.“

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) antwortete auf die Vorwürfe der Opposition: „Ich werde nicht tolerieren, dass die Gesamtschulen ihre Schülerinnen und Schüler nicht auf das gleiche Niveau führen können wie die Gymnasien.“ Die Ministerin unterstellte der rot-grünen Vorgängerregierung, aus ideologischen Gründen die Gesamtschule jahrelang schöneredet zu haben: „Sie haben die Ergebnisse versteckt. Wir haben sie gefunden.“ Es gebe nun mal Belege für eine schlechtere Durchschnittsnote, eine höhere Durchfallerquote und eine deutliche Abweichung der Abiturnote von den Vornoten nach unten. Deshalb, so Sommer, „wollen wir Gesamtschulen unterstützen, damit sie ihre Schüler genauso erfolgreich auf das Abitur vorbereiten können“.



Gäste aus Belarus ...

... empfangen der 1. Vizepräsident des Landtags, Edgar Moron (SPD, 2.v.li.), und der Vorsitzende des Hauptausschusses, Werner Jostmeier (CDU, li.), kurz vor den dortigen Parlamentswahlen. Nach Düsseldorf kamen Viktor I. Marakhin, Mitglied der Nationalversammlung der Republik Belarus (3.v.li.) sowie Viktor Balakirev, IBB Minsk, Direktor des Johannes-Rau-Hauses (5.v.li.), begleitet von Matthias C. Tümpel, Vorstandsvorsitzender IBB Dortmund (4.v.li.). Die Führung der Republik Belarus könnte mit freien, fairen und gemäß demokratischen Standards verlaufenden Wahlen, die Grundlage für eine Neuausrichtung der Politik der Europäischen Union gegenüber Weißrussland schaffen. Internationale Wahlbeobachtung scheint sicher. Foto: Schälte

Konkrete Fortschritte oder Symbolpolitik?

Geteilte Meinungen über den „Ersten Integrationsbericht“



28. August 2008 – Minister Armin Laschet unterrichtete bei der Plenarsitzung den Landtag über den 1. Integrationsbericht der Landesregierung. Unter der Überschrift „Zukunftsaufgabe Integration“ soll der Bericht erstmals umfassende Erkenntnisse zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Integration, also zur Lebenslage von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte vorlegen. Aber auch hier: geteilte Beurteilungen von Regierung und Opposition.

Foto: Schälte

Integrationsminister Armin Laschet (CDU) betonte die Maßnahmen zur Umsetzung des Aktionsplans Integration. So habe die Landesregierung die Mittel für die Sprachförderung nochmals deutlich erhöht von 7,5 Millionen Euro in 2005 auf 28 Millionen Euro im Jahr 2008. Außerdem erhielten seit Beginn des Kindergartenjahres 2008/2009 rund 1.500 Familienzentren eine Förderung durch das Land. „Dort erreichen wir Familien, die nicht in die Beratungszentren gegangen wären, und dort lernen die Mütter Deutsch!“, betonte Laschet. Und fügte hinzu: „Nordrhein-Westfalen ist heute nicht nur das Bundesland mit den meisten ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Es ist darüber hinaus mit weitem Abstand das Bundesland mit der größten Zahl von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – mehr als im klassischen Einwanderungsland USA.“

Britta Altenkamp (SPD) kritisierte, Zuwanderungsberichte hätte es auch schon vorher gegeben und der Integrationsbericht liefere keine Analyse, nur Fakten. Näher ging sie auf die Sprachförderung und die Familienzentren ein: „Sie haben einen Feldversuch mit 4-Jährigen gemacht. Sie wissen sehr wohl, dass es große Schwierigkeiten mit diesem Verfahren gibt, aber Sie ziehen es einfach weiter durch. Und die Familienzentren machen überhaupt nichts Neues, sondern die gleiche Arbeit wie vorher.“ Da ein Gesetzentwurf zur Änderung der Gemeindeordnung, der die Beteiligung von Migrantinnen

und Migranten auf kommunaler Ebene landesweit stärken, weiter auf sich warten ließe, warf Altenkamp dem Minister sogar Wortbruch vor. Sein Umgang mit den Integrationsbeiräten sei enttäuschend. Ihr Fazit: Die Integrationspolitik der Landesregierung sei Symbolpolitik.

Michael Solf (CDU) dagegen bezeichnete den Integrationsbericht als „Meilenstein, vorgestellt vom ersten Integrationsminister eines Bundeslandes überhaupt“. Die Landesregierung rede nicht nur, sie handle auch. „Die enorme Größe der Aufgabe, an der wir zu lange vorbeigesehen haben, lässt sich mit einer einzigen Zahl fassen: Fast jeder vierte Mensch, der heute in Nordrhein-Westfalen lebt, hat eine Zuwanderungsgeschichte“, berichtete Solf. Integration sei wahrscheinlich die politische Generationenaufgabe schlechthin. Der Integrationsbericht beschreibe den Paradigmenwechsel zum „Fördern und Fordern“. Die Organisationen der Zuwanderer trügen dabei eine enorme Verantwortung. „Ein Feld, auf dem die Fähigkeit zum Dialog beispielhaft getestet werden kann, ist die Frage des islamischen Religionsunterrichtes“, nannte Solf eine konkrete Aufgabe.

Christian Lindner (FDP) betonte, unser Land sei wie kein zweites Land von Zuwanderung geprägt. „Und auch in Zukunft brauchen wir Zuwanderer“, bekräftigte Lindner. „Deshalb ist es so notwendig, dass wir in der Einwanderungs-

politik einen parteiübergreifenden Konsens pflegen.“ Es sei erschreckend, so Lindner, dass die Erwerbsquote der türkischen Zuwanderer nur bei 55 Prozent liegt. Viele Maßnahmen seien nötig, um das zu ändern, aber der 20-Punkte-Aktionsplan läge ja vor. Darüber hinaus forderte der FDP-Politiker, die Zugewanderten müssten sich auch engagieren „in Vereinen, Verbänden, im kulturellen Leben, im Sport, der Kommune, den Parteien“. Ökonomische, kulturelle und soziale Integration sei nötig, damit alle ihren Platz in unserer Gesellschaft fänden, erst dann sei Integrationspolitik erfolgreich.

Andrea Asch (GRÜNE) sagte, Menschen mit Migrationshintergrund hätten extreme Schwierigkeiten, in unserem Bildungssystem erfolgreich zu sein. Der größte Anteil von Schülern mit Zuwanderungsgeschichte – 37,6 Prozent – gehe zur Hauptschule, nur 13,3 Prozent von ihnen schafften den Sprung zum Gymnasium. Dieses Problem könne nur durch einen Systemwechsel im Bereich Schule aufgehoben werden. Im Übrigen bedauerte die Grüne, dass immer mehr zugewanderte Menschen das Land verließen. Die Gründe hierfür seien Vorurteile, Aussichtslosigkeit bei der Stellensuche, mangelnde Akzeptanz und Ausgrenzung. Notwendig sei ein positiveres Klima: „Die unsäglichen Debatten über die Moscheebauten überall im Land, das unverhohlene Misstrauen gegen den Islam, das sind ausgrenzende, spaltende Botschaften.“ ■

Sintflut in Dortmund

Einigkeit mit Blick auf schnelle Hilfe und verstärkte Vorbeugung

28. August 2008 – Ohne Vorwarnung verursachte am 26. Juli dieses Jahres ein Unwetter in Dortmund enorme Schäden. Mit 102 mm Niederschlag wurde dort der höchste je gemessene Wert seit Beginn der Aufzeichnungen verzeichnet. Weite Teile der Stadt waren innerhalb kürzester Zeit überschwemmt. Aufgrund der für die Menschen entstandenen Notsituation fordern alle vier Landtagsfraktionen in einem fraktionsübergreifenden Antrag (Drs. 14/7353) die Landesregierung sowie die Versicherungen und Banken auf, schnell und unbürokratisch zu helfen.

Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD) verdeutlichte, dass die Unwetterkatastrophe die Menschen mit einer Wucht getroffen habe, die niemand erwarten konnte. Betroffen wurden Privathaushalte, öffentliche und kirchliche Einrichtungen, Kindergärten, Freizeitanlagen etc.. Insbesondere Handwerks- und kleine Familienbetriebe als auch Lebensmittelgeschäfte stünden nun vor „riesigen Schäden und oftmals auch vor dem Ende ihrer Existenz“. Die durch das Hochwasser verursachten Schäden belaufen sich auf Millionenbeträge, „die keine Versicherung bezahlt, Millionenbeträge, die kein Spendentopf ausgleichen kann“. Daher müsse es jetzt – auch über öffentliche Soforthilfe – darum gehen, den Menschen, „die Möbel, Hausrat oder

im schlimmsten Fall ihr Dach über dem Kopf verloren haben, wieder ein annähernd normales Leben zu ermöglichen“.

Oskar Burkert (CDU) machte zu Beginn seiner Stellungnahme ebenfalls darauf aufmerksam, dass die Menschen in Dortmund auf „schnelle Hilfe“ angewiesen sind. In Anbetracht dessen merkte Burkert kritisch an, dass der Brief, in welchem der Dortmunder Oberbürgermeister die Landesregierung um eine Spende für die Opfer des Unwetters bat, erst einen Monat nach der Katastrophe die CDU-Landtagsfraktion erreichte. Daran anlehnend fragte der Abgeordnete: „Wieso ist das erst so spät geschehen? Keine Kommune in einem Land

muss einen solchen Schaden alleine stemmen. Aber sie muss ihn schon melden.“ Abschließend appellierte Burkert an die Banken, die durch die Katastrophe in Not geratenen Unternehmen mit Hilfe von Krediten zu günstigen Konditionen zu unterstützen.

Horst Engel (FDP) forderte wie seine Vorredner die Versicherungen dazu auf, die Schadensfälle zügig zu regulieren. Mit Blick auf dieses „tausendjährige Regenereignis“ stellte der Abgeordnete fest: „Gegen eine Sintflut ist kein Kraut gewachsen, sondern es gibt nur eine Lösung: die Arche. Der Hochwasserschutz ist teuer, aber unverzichtbar.“ Engel verwies aber auch auf die im letzten Jahr vom Umweltministerium vorgestellte Studie über die Auswirkungen des Klimawandels. Daraus gehe hervor, dass die Jahresmitteltemperatur bis zum Jahr 2050 um ca. zwei bis vier Grad ansteigen wird. Die Folge dessen sei, dass vor allem in wärmeren Jahreszeiten künftig vermehrt Naturkatastrophen durch Starkniederschläge auftreten können.

Johannes Remmel (GRÜNE) forderte zwar gleichfalls unbürokratische Hilfe, wandte sich aber auch dagegen, in der konkreten Notsituation darüber zu streiten, „wann welcher Bürgermeister wem geschrieben und welchen Antrag gestellt hat. Das interessiert die Menschen, die in Not sind und Hilfe brauchen, schrecklich wenig“. Mit Blick auf die Stellungnahme seines Vorredners forderte der Grünen-Politiker über den Tag hinausgehende Betrachtungen und demzufolge „Prävention“, gerade diese Landesregierung nehme den Hochwasserschutz unter dem Gesichtspunkt des Klimawandels nicht ernst. Jede Kommune sei verpflichtet, ein Hochwasserschutzkonzept zu erstellen, da „Hochwasserschutz nicht nur eine Angelegenheit am Rhein oder an der Weser ist“.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) sagte zu, dass „die Maßstäbe für Landeshilfen für unwettergeschädigte Bürgerinnen und Bürger selbstverständlich auch für die jetzt in Dortmund vom Stark-regen Betroffenen gelten“. Allerdings müsse sich die Landesregierung „vor einer Entscheidung einen verlässlichen Überblick über das Ausmaß der Schäden verschaffen.“ Die Stadt Dortmund habe bereits einen Zwischenbericht zu Einzelheiten der entstandenen Schäden und der voraussichtlichen Schadenshöhe vorgelegt und darüber hinaus auch einen aussagekräftigen Bericht angekündigt. Die Landesregierung werde dann rasch entscheiden. Unabhängig davon hätten alle, die durch das Unwetter wirtschaftliche Nachteile erlitten haben, bereits jetzt die Möglichkeit, Billigkeitsanträge bei den Finanzämtern zu stellen. ■

Der fraktionsübergreifende Antrag (Drs. 14/7353) wurde einstimmig angenommen.



Dank an DRK-Wasserwacht

Am 27. August 2008 zeigte die DRK-Wasserwacht Landesverband Nordrhein anlässlich eines Parlamentarischen Abends zum 50. Jahrestag ihres Bestehens Rettungsübungen im Rhein. Dabei bestaunten die Abgeordneten neben den Rettungsbooten der neuesten Generation auch einen Hubschraubereinsatz. Die Wasserwacht ist mit Rettungsschwimmern vertreten in Bädern, an Flüssen und Seen. Rettungssanitäter, Bootsführer, Taucher und Notärzte tragen Verantwortung bei Wettkämpfen oder anderen öffentlichen Ereignissen. Aber auch im Ernstfall, zum Beispiel bei Hochwasserkatastrophen, sind die Spezialisten des DRK vor Ort. Für diese Leistung war ihnen der Dank des Landtags gewiss. Foto: Schälte

Was tun mit 53 Milliarden Euro?

Erste Lesung des Haushalts: Gelegenheit zur Generaldebatte

27. August 2008 – 52,7 Milliarden Euro umfasst der Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen 2009, den Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) einbrachte. In der ersten Lesung des Gesetzentwurfs (Drs. 14/7000) stellte er dem Landtag die Eckdaten vor. Während die Regierungsfractionen von CDU und FDP unter den Überschriften „Konsolidieren, Modernisieren, Investieren“ von einer „nachhaltigen und tragfähigen Finanzpolitik“ sprachen, kritisierten die Oppositionsfractionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die Regierung sei mit diesem Haushaltsentwurf „an ihren eigenen Versprechungen gescheitert.“

Fotos: Schälte



Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) erklärte: „Mit dem Landeshaushalt für 2009 setzt die Landesregierung ihre erfolgreiche Politik der richtigen Schwerpunkte fort.“ Ziel bleibe weiterhin, den Landeshaushalt zu konsolidieren, zu modernisieren und gleichzeitig in Zukunftsthemen wie Kinder (110,7 Millionen Euro mehr für das KiBiz) sowie Jugend und Bildung (z.B. 699,5 Millionen Euro mehr im Schuletat) zu investieren. So werde es gelingen, „Schritt für Schritt dauerhaft solide Staatsfinanzen“ zu schaffen und NRW zu einem „Land der neuen Chancen“ zu entwickeln.

Seit 2005 habe die gute Wirtschaftsentwicklung zu Steuermehreinnahmen geführt. 90 Prozent dieser Einnahmen seien dazu genutzt worden, die Nettoneuverschuldung weiter zu reduzieren. „Wir haben der Versuchung widerstanden, Mehreinnahmen bloß zu konsumieren“, betonte Linssen. Der Konsolidierungskurs der Landesregierung (der eine Fortsetzung des Stellenabbaus um 3.397 Stellen beinhalte) sei auch deshalb notwendig, weil in Zukunft der demographische Wandel die Haushaltspolitik vor neue Herausforderungen stellen werde. Vor diesem Hintergrund sei es auch sinnvoll, kontinuierlich in die Abdeckung von Risiken im Versorgungsbereich zu investieren (seit 2007: 1,1 Milliarden Euro).

„Angesichts der hohen Verschuldung durch die falsche Politik der Vergangenheit braucht die Sanierung weiterhin Zeit“, kritisierte Linssen die

Haushaltspolitik der Vorgängerregierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. In der nächsten Legislaturperiode ab 2010 müsse es so schnell wie möglich gelingen, die Nettoneuverschuldung schrittweise bis auf Null zurückzuführen.

Hannelore Kraft attackierte als Vorsitzende der SPD-Fraktion die Regierung: „Sie scheitern mit diesem Haushaltsentwurf an Ihren eigenen Versprechungen.“ Um rund 25 Prozent lägen in 2009 die Steuereinnahmen über den Einnahmen in 2005. Trotzdem steige die Verschuldung des Landes bis Ende des kommenden Jahres auf den „Rekordwert“ von 120,5 Milliarden Euro; nur 6,5 Prozent der zusätzlichen Steuereinnahmen würden in den Abbau der Neuverschuldung

gesteckt. „Diese Landesregierung spart nicht“, richtete Kraft ihren Vorwurf an CDU und FDP gleichermaßen. Und der Haushalt setze keinen wirklichen Schwerpunkt bei Kindern, Bildung und Innovation.

Insbesondere prangerte die Oppositionsführerin an, dass trotz erwarteter steigender Steuereinnahmen von 2009 bis 2012 die eigenfinanzierten Investitionen von 7,1 auf 6,4 Prozent sinken sollen. Mit einer sinkenden Studienanfängerquote, einem anhaltenden Unterrichtsausfall sowie einer weiterhin mangelnden individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler würde die Landesregierung des Weiteren den Fachkräftemangel von morgen selbst produzieren.

Zu den „großen Verlierern“ der aktuellen Landespolitik erklärte die SPD-Politikerin die Kommunen, denen die Rückzahlung zuviel gezahlter Mittel für den Solidarpakt Ost verweigert würde. Für Kommunen, aber auch für Mittelstand und Handwerk, ja letztendlich für die Bürgerinnen und Bürger unverzichtbar seien die Sparkassen, die durch das vorliegende Novellierungsgesetz allerdings stark gefährdet seien. Dies hänge eng zusammen mit der „Chefsache“ WestLB, bei der zwei Drittel der „Schrottanleihen“ erst unter der gegenwärtigen Landesregierung angehäuft worden seien.

Helmut Stahl, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, hielt der Oppositionsführerin im Gegenzug vor, Rot-Grün hätte zwischen 1995 und 2005 jährlich fast 5 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. Heute würden dagegen die Steuermehreinnahmen zur Konsolidierung der Landesfinanzen verwandt (von den 8,6 Milliarden Euro seien 1,6 Milliarden Euro in den Steuerverbund mit den Kommunen geflossen, 5 Milliarden Euro in den Abbau der Nettokreditaufnahme, 0,4 Milliarden Euro in den Schuldendienst und 0,7 Milliarden Euro in die Versorgungsrücklage). Die Einnahmen dienten außerdem zur Lösung des Problems „WestLB“, hinterlassen von der Vorgängerregierung. Stillstand in der Politik? Für den CDU-Fraktionsvorsitzenden sprechen aktuell Heimgesetz, Lehrerausbildungsgesetz, Sparkassennovellierung und Landesplanungsgesetz eine andere Sprache.



Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU)

Hannelore Kraft (SPD)

Helmut Stahl (CDU)

Dr. Gerhard Papke (FDP)

Haushaltseckdaten (in Milliarden Euro)

	2005 (Ist)	2006 (Ist)	2007 (Ist)	2008 einschl. zweiter Nachtrag	2009 (Haushalts- entwurf)
Haushaltsvolumen	50,6 Mrd. €	47,8 Mrd. €	50,0 Mrd. €	51,3 Mrd. €	52,7 Mrd. €
Steuereinnahmen	34,7 Mrd. €	37,0 Mrd. €	40,5 Mrd. €	41,6 Mrd. €	43,3 Mrd. €
Nettoneu- verschuldung	6,66 Mrd. €	3,24 Mrd. €	1,86 Mrd. €	1,78 Mrd. €	1,67 Mrd. €
Investitionen (Investitionsquote*)	6,74 Mrd. € (13,3 %)	4,35 Mrd. € (9,1 %)	4,35 Mrd. € (8,7 %)	4,85 Mrd. € (9,5 %)	4,91 Mrd. € (9,3 %)
Zinsausgaben (Zinsausgabenquote*)	4,51 Mrd. € (8,9 %)	4,63 Mrd. € (9,7 %)	4,74 Mrd. € (9,5 %)	4,84 Mrd. € (9,5 %)	4,94 Mrd. € (9,4 %)
Personalausgaben (Personalausgabenquote*)	20,3 Mrd. € (40,0 %)	18,6 Mrd. € (38,9 %)	19,6 Mrd. € (39,3 %)	19,3 Mrd. € (37,7 %)	20,5 Mrd. € (38,9 %)

* Die Quoten werden anhand der bereinigten Gesamtausgaben ermittelt.

Quelle: Finanzministerium NRW

Fotos: Schälte



Sylvia Löhrmann (GRÜNE) Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) Rüdiger Sagel (fraktionlos) Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP)

Jegliche Forderungen nach Mehrausgaben für Konjunkturprogramme wies der CDU-Politiker zurück; vielmehr sei es notwendig, strukturelle Veränderungen herbeizuführen. Dies sei der „Paradigmenwechsel“ in der Politik. „Unprofessionell und unglaubwürdig“ – so bewertete Stahl die SPD und ihre Vorsitzende gerade mit Blick auf die „Causa Clement“, „rückwärts gewandt“ mit Blick auf den subventionierten Steinkohlebergbau. Insbesondere attackierte Stahl die wirtschafts- und sozialpolitische Konzeption der Sozialdemokratie: „Soziale Gerechtigkeit ist nicht nur auf der Ausgabenseite zu Hause. Sie muss auch auf der Einnahmenseite einen Stammplatz haben.“

Eindringlich warnte der CDU-Politiker die SPD vor einem Wettbewerb wie auch einem Bündnis mit der Linken, die soziale Wohltaten mit jährlichen Kosten von 155 Milliarden Euro verspreche.

Dr. Gerhard Papke (FDP) lobte den Haushaltsentwurf des Finanzministers als eine „hervorragende Zwischenbilanz“ der nordrhein-westfälischen Finanzpolitik seit dem Regierungswechsel 2005. Zugleich jedoch bot der FDP-Fraktionsvorsitzende der Landesregierung und der CDU-Fraktion an, über eine Beschleunigung des Konsolidierungskurses nachzudenken. „Wir

sind noch nicht am Ziel“, so Papke. Mit einer weiteren Privatisierung von Landeseigentum, mit einem schnelleren Stellenabbau und einer weiteren Zusammenlegung von Landesbehörden könne es gelingen, das Ziel des ausgeglichenen Landeshaushalts noch schneller, möglicherweise schon im Jahr 2010 zu erreichen.

„Nie war der Arbeitsmarkt so aufnahmebereit wie jetzt“, meinte Papke und erneuerte in diesem Zusammenhang seine Forderung, den sozialverträglichen Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau zügiger voranzubringen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzenden Hannelore Kraft warf Papke eine „Traumtänzeri“ in der Haushaltspolitik vor. Auf der einen Seite verlange sie eine schnellere Konsolidierung, auf der anderen Mehrausgaben in Millionenhöhe. „Wollen Sie das Parlament und die Öffentlichkeit auf den Arm nehmen?“, fragte der FDP-Politiker. Der Haushaltspolitik von CDU und FDP dagegen sei es zu verdanken, dass im Vergleich der westdeutschen Bundesländer Nordrhein-Westfalen der größte Fortschritt bei der Konsolidierung des Haushalts seit 2005 gelungen sei: Damals habe die Neuverschuldung bei 6,7 Milliarden Euro gelegen, heute bei 1,67 Milliarden Euro; dies sei ein Rückgang um fast 75 Prozent.

Sylvia Löhrmann schlug als Grünen-Fraktionsvorsitzende in die gleiche Kerbe wie die SPD-Opposition. Der Entwurf des Landeshaushalts sei „ohne Kontur, ohne Ehrgeiz, ohne Verve.“ Insbesondere nicht verwirklichte Einsparungen im Personalbereich prangerte die Oppositionspolitikerin an. Rot-Grün sei einen wesentlich schärferen Konsolidierungskurs gefahren als die Regierung Rüttgers. Kein Plan für die Zukunft Nordrhein-Westfalens, fasste die Grünen-Politikerin zusammen: weder in der Finanzpolitik, noch in der Bildungspolitik, noch in der Energiepolitik.

Dabei sei durch die Preissteigerungen für Öl und Gas der Abfluss von Kaufkraft sowohl für private wie auch für öffentliche Haushalte dramatisch: In 2008 werde Deutschland wohl für 85 Milliarden Euro Erdöl und Erdgas importieren, in 1999 seien es dagegen „nur“ 18 Milliarden Euro gewesen. Vor diesem Hintergrund forderte Löhrmann – auch als Anti-Rezessionsprogramm – den massiven Einstieg in die „energetische Gebäudesanierung“: Dies bedeute weniger Kosten für Öl- und Gasimporte, mehr Geld für die heimische Bauindustrie, mehr Geld im Portemonnaie der Menschen, mehr Arbeitsplätze. Bei derzeit 30.000 sanierten Wohnungen jährlich würde es aber mehr als 200 Jahre dauern, bis die 6,3 Millionen aktuellen Altbauten saniert seien.

„Dilettantismus“ warf Löhrmann der Landesregierung schließlich mit Blick auf die WestLB vor. Sie warnte davor, dass das Sparkassengesetz unter diesen Voraussetzungen das Aus bedeuten könne für eine „bewährte, kundennahe, die Regionen unterstützende Bankenlandschaft“.

Einzeletat (in Milliarden Euro)

	2009
Landtag	0,091
Ministerpräsident	0,303
Innen	4,559
Justiz	3,375
Schule und Weiterbildung	13,366
Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie	5,572
Wirtschaft, Mittelstand und Energie	0,965
Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	0,752
Arbeit, Gesundheit und Soziales	2,882
Finanzen	1,854
Landesrechnungshof	0,037
Bauen und Verkehr	2,978
Generationen, Familie, Frauen und Integration	1,600
Allgemeine Finanzverwaltung	14,369
Summe	52,704



Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) bewertete den Haushaltsentwurf naturgemäß anders als seine Vorrednerin: „Es geht aufwärts mit Nordrhein-Westfalen.“ Das Wirtschaftswachstum liege mit 2,6 Prozent über dem Bundesdurchschnitt, die Arbeitslosigkeit sinke, die Neuverschuldung sei mit 1,67 Milliarden Euro so niedrig wie seit 30 Jahren nicht (auch weil 90 Prozent der Steuermehreinnahmen hierfür eingesetzt würden). „Was soll diese Miesmacherei?“, wollte der Regierungschef die

Kritik der Opposition nicht gelten lassen. Die SPD-Fraktionsvorsitzende Kraft habe die Fakten zum Haushalt „so verdreht, dass sie ihrer Meinung entsprachen.“ Die Forderungen der Sozialdemokraten der letzten drei Jahre hätten insgesamt Mehrausgaben von fast 400 Millionen Euro bedeutet. Mehrausgaben und Konsolidierung gleichzeitig: „Das ist genau die Art, wie sie uns in dieses Schuldendesaster hineingeführt haben“, so Rüttgers.

Er unterstrich, dass Nordrhein-Westfalen laut jüngstem Außenwirtschaftsbericht zu einer „international beachteten Wirtschaftsmacht“ geworden sei; der Export habe um 9,1 Prozent, der Import um 6,5 Prozent zugelegt. Die Wachstumsdynamik werde wieder zunehmen, „wenn wir jetzt das Richtige tun.“ Zum Beispiel das Steuerrecht vereinfachen. Gleichzeitig müsse man sich – vor allem mit Blick auf die Energiepreise – aber um die kleinen Einkommen kümmern.

Zugleich lehnte Rüttgers Forderungen ab, die Konsolidierung des Landshaushalts unter allen Umständen schneller voranzutreiben. Konsolidierung müsse stets im Zusammenhang mit den notwendigen Investitionen zum Beispiel im Bereich Kinder, Jugend und Bildung gesehen werden.

Rüdiger Sagel (fraktionslos) sah den Haushaltsentwurf der Landesregierung gegen die Ärmsten in NRW gerichtet: „Reiche werden immer reicher – Arme immer ärmer. Ihre Finanzpolitik geht in die völlig falsche Richtung.“ Insbesondere mit dem „Kahlschlag bei den Arbeitslosenzentren“ werde „die Sozialpolitik in NRW endgültig zu Grabe getragen.“

GEMEINDEFINANZIERUNGSGESETZ – „PARTNERSCHAFT“ ODER „PLÜNDEREI“

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) brachte zusätzlich zum Haushaltsgesetz 2009 das „Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2009“ in die parlamentarischen Beratungen ein. Dabei würde mit 7,7 Milliarden Euro der höchste Stand der Zuweisungen an die kommunale Familie erreicht. Zeitnah und verlässlich erhielten die Kommunen ihren Anteil an den Ist-

Steuereinnahmen; die 23 Prozent seien auch in schwierigen Konsolidierungsphasen gehalten worden. „Kreditierungen, Abrechnungen, alle diese Monster aus Zeiten von Rot-Grün konnten an dieser Stelle entfallen“, so der Minister.

Ralf Jäger (SPD) hielt der Regierung entgegen, sie habe seit 2006 den Kommunen „ihnen zustehende Mittel in einer Größenordnung von 1,8 Milliarden Euro entzogen“. Und das, obwohl die Steuereinnahmen um 25 Prozent gestiegen seien. In 2005 hätten die Kommunen 20 Prozent aller Steuereinnahmen des Landes erhalten, in 2008 seien es nur noch knapp über 17 Prozent. Die Folge: die Kommunen hätten eine mangelnde Finanzausstattung, ja seien „faktisch pleite“. 190 Kommunen hätten sich Ende 2007 im Haushaltssicherungskonzept befunden, 113 im Nothaushalt. Das Fazit des SPD-Abgeordneten: „Das ist und bleibt die kommunalfeindlichste Landesregierung seit Bestehen des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen.“

Rainer Lux (CDU) sah hingegen im vorliegenden Entwurf eine „gelungene Kontinuität zu den vergangenen Gemeindefinanzierungsgesetzen“. Das Land erweise sich als seriöser und verlässlicher Partner der Kommunen; die Einführung des Referenzzeitraums habe Verlässlichkeit und Planbarkeit gebracht. Nach einer Steigerung in 2007 um 650 Millionen Euro würden die entsprechenden Mittel dieses Jahr nochmals um 160 Millionen Euro aufgestockt. Rund 86 Prozent der Mittel, die den Kommunen zur Verfügung stehen, seien völlig frei verfügbar. Dies stehe im Gegensatz zu den „Verunsicherungen“ und gleichzeitig „goldenen Zügeln“ der ehemaligen rot-grünen Landesregierung.

Horst Engel (FDP) betonte ebenfalls den „positiven“ Trend der Vorjahre. 2009 stünden den Kommunen über 7,7 Milliarden Euro verteilbare Finanzausgleichsmasse zur Verfügung. Der Großteil davon fließe direkt in die Verwaltungshaushalte mit hohen Ausgabeposten für soziale Leistungen oder für Personal. Engel begrüßte insbesondere den Anstieg im Bereich der Investitionspauschalen um 4,7 Prozent. Der FDP-Politiker betonte, dass die Zahl der Kommunen im Haushaltssicherungskonzept oder im Nothaushalt seit 2005 spürbar gesunken sei. Er

kündigte an, dass nunmehr ein Diskussionsprozess über die Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs beginnen soll.

Horst Becker (GRÜNE) konterte diese Aussagen: „Sie färben sich die Wirklichkeit, aber sie hat damit, was sich in den Kommunen abspielt, immer weniger zu tun.“ Mit Verzögerungen wollten die Regierungsparteien über das Kommunalwahljahr 2009 kommen. „Danach verschlimmert sich erst recht die schon jetzt angebrochene schlechte Zeit für die Kommunen.“ Trotz glänzender Steuereinnahmen hätten sich die Kassenkredite der Kommunen unter Schwarz-Gelb auf 13,8 Milliarden Euro erhöht. Mit ein Grund dafür, dass die Regierung sich darum drücke, den eigentlich seit November fälligen Bericht zur kommunalen Finanzlage vorzulegen, mutmaßte der Grünen-Politiker. ■

Die Fachausschüsse des Landtags werden den Haushaltsplan in den kommenden Wochen detailliert beraten; der Haushaltsausschuss erörtert deren Beschlüsse am 27. November 2008. Die zweite Lesung im Landtag ist für die Plenarsitzungen am 3. und 4. Dezember, die 3. Lesung für die Sitzungen am 17. und 18. Dezember 2008 vorgesehen.

Daten zur Gemeindefinanzierung

(in Klammern Veränderung gegenüber Vorjahr/ Angaben in Euro)	
Zuweisungen	7,7 Milliarden (+159,8 Millionen)
Schlüsseluweisungen	6,6 Milliarden (+136,5 Millionen)
davon für	
• Gemeinden	5,2 Milliarden
• Kreise	774 Millionen
• Landschaftsverbände	648 Millionen
Schulpauschale/Bildungspauschale	540 Millionen
Investitionspauschalen	506 Millionen (+22,7 Millionen)
Pauschale Bedarfszuweisungen	27,8 Millionen (+0,6 Millionen)
Sportzuweisungen	50 Millionen
Verbundsatz	23 Prozent

Schlag auf Schlag

„Landtag intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Volkmar Klein (CDU)



Gisela Walsken (SPD)

Das Ziel des Finanzministers, den Haushalt zu konsolidieren und gleichzeitig zu investieren ist...

... auch für den Haushalt 2009 wieder gut verwirklicht.

... offensichtlich eine Nummer zu groß für ihn gewesen. Erst wollte er bis 2010 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, jetzt verschiebt er dieses Ziel auf 2013. Der „Eiserne Helmut“ wird zum „Schulden-Helmut.“

Der Zuwachs an Steuereinnahmen verschafft dem Land NRW...

... die Möglichkeit, die Zahlungen über das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) an Städte und Gemeinden weiter zu erhöhen.

... die Möglichkeit, die Verschuldung zurückzuführen und in die Zukunft des Landes zu investieren: Nur die schwarz-gelbe Landesregierung folgt leider dem Motto „Konsumieren statt Konsolidieren.“

Neue Schulden in Höhe von 1,67 Milliarden Euro sind...

... angesichts allein der Zinszahlungen für alte Schulden in Höhe von 4,9 Milliarden Euro ein großer Erfolg.

... sind der Beweis dafür, dass der Finanzminister sein Versprechen „Jeder zusätzliche Steuer-Euro wird in den Schuldenabbau gesteckt“ längst vergessen hat.

Eine steuerliche Entlastung der Bürgerinnen und Bürger halte ich für ...

... mittelfristig dringend erforderlich.

... dringend erforderlich, weil die Realeinkommen sinken und die Preise (Energiepreise) steigen.

Für die finanzielle Situation der Gemeinden muss das Land ...

... auch 2009 wieder auf eigene Spielräume verzichten, das ist aber gut so.

... endlich eine Gemeindefinanzreform auf den Weg bringen und damit aufhören, immer mehr Lasten auf die kommunalen Haushalte abzuwälzen.

Einer möglichen Konjunkturfaute kann man am besten entgegenwirken durch ...

... eine erfolgreiche Konsolidierung, die künftige Zinszahlungen begrenzt.

... die Steigerung der Investitionsquote, eine aktive Beschäftigungspolitik und eine strukturelle Haushaltskonsolidierung.

Ein ausgeglichener Landeshaushalt wäre ...

... in der nächsten Wahlperiode ein Riesenerfolg für Finanzminister Dr. Helmut Linssen.

... das oberste Ziel einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Finanzpolitik.

Diesmal sind es die haushaltspolitischen Sprecher der Fraktionen.



Angela Freimuth (FDP)



Ewald Groth (GRÜNE)

... richtig. Wir sind verpflichtet, nachfolgenden Generationen möglichst eine bessere Welt zu übergeben, als wir übernommen haben. Generationengerechtigkeit verlangt deshalb Konsolidierung und Investition – speziell in Bildung und Ausbildung der Menschen als Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben.

... Spielräume zur Auflösung des Investitionsstaus für mehr Chancengerechtigkeit durch individuelle Förderung, Sicherung der Unterrichtsversorgung und Stärkung des Innovations- und Technologiestandortes und die Chance zur strukturellen Etat-Konsolidierung mit dem Ziel des Schuldenabbaus.

... leider immer noch notwendig, aber auch die geringste Neuverschuldung der letzten 20 Jahre und damit ein Erfolg der Konsolidierungsanstrengungen von FDP und CDU. Jeder Euro neue Schulden ist aber auch Mahnung und Verpflichtung zum schnellstmöglichen Haushaltsausgleich und Schuldenabbau.

... angesichts der in den letzten Jahren ständig steigenden Steuer- und Abgabenbelastung für zwingend notwendig. Es droht sonst weiterer Verlust an Akzeptanz zur Finanzierung unseres Gemeinwohls und an Solidarität mit den Schwachen.

... Rahmenbedingungen schaffen, in denen kommunale Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung anerkannt werden. Der Landesgesetzgeber muss ferner das Konnexitätsgebot beachten.

... Stärkung des Innovations- und Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen, eine Fortsetzung der strukturellen Haushaltskonsolidierung, Ausgabendisziplin und eine vorsichtige, zurückhaltend realistische Prognose der Steuereinnahmen.

... eine unbedingte Notwendigkeit, um die desaströse Verschuldungspolitik der Vergangenheit zu beenden und den alten, von Rot-Grün hinterlassenen Schuldenberg endlich abzutragen. Die Erreichung dieses Zieles verlangt aber strikte Ausgabendisziplin und eine starke Konjunktur.

... nicht Leitlinie der Regierung. CDU und FDP geben mehr Geld aus als irgendeine Regierung vorher. Trotzdem sind Kürzungen des Jugendförderplans oder beim Nahverkehr bittere Realität. Außerdem hat der selbst ernannte Arbeiterführer tief in die Taschen der Beschäftigten gegriffen und deren Bezüge weiter gekürzt.

... einen ungeahnten Haushaltszuwachs. Schwarz-Gelb nimmt 2009 8,62 Milliarden Euro mehr ein als 2005. Nur 5 Milliarden werden zur Senkung der Nettoneuverschuldung verwendet. Konsolidiert wird also nicht. Zudem hat die Regierung den Kommunen tief in die Tasche gegriffen und ihnen 1 Milliarde Euro außerhalb des Steuerverbundes genommen.

... ein Armutszeugnis für den Finanzminister. Rot-Grün hat in der letzten Legislatur 1 Milliarde der wegbrechenden Steuereinnahmen kompensiert. CDU und FDP verwenden aber 3,2 Milliarden Euro der Steuermehreinnahmen nicht zur Senkung der Nettoneuverschuldung.

... notwendig etwa im Bereich der Studiengebühren und bei den Gebühren für Kindertagesstätten. Bildungschancen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

... eine Lösung finden. Die Menschen in den hochverschuldeten Kommunen dürfen nicht von der Entwicklung abgekoppelt und ihrer Chancen beraubt werden. Steigende Elternbeiträge für Kindertagesstätten in Städten wie Gelsenkirchen sind die direkte Folge der Politik dieser Regierung und verschärfen die soziale Spaltung.

... Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung. Die Förderung erneuerbarer Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung sowie der Energieeinsparung durch Gebäudesanierung würde zahlreiche Arbeitsplätze schaffen. Stattdessen behindern CDU und FDP die Windkraft und führen einen Schulkampf auf dem Rücken der Kinder.

... die konsequente Folge der Ankündigungen von Finanzminister Linssen und FDP-Fraktionschef Papke. Sie haben versprochen, den Haushalt auszugleichen. Stattdessen entpuppen sich die Koalitionsspitzen als Weltmeister im Zurückrudern. In Wahrheit wird in der Koalition mehr geschaukelert als solide gewirtschaftet.

Schlag auf Schlag

Idee und Umsetzung:
Christoph Weißkirchen
und Sebastian Wuwer.

Im Plenum behandelte Gesetzentwürfe

(Plenarsitzungen vom 27. und 28. August 2008)

DRS. NUMMER	GESETZ	INITIATOR / INHALT	STAND DES VERFAHRENS	BESCHLUSS
14/7318	Hochschulzulassungsreformgesetz	LANDESREGIERUNG – Regelungen zur Hochschulzulassung für ein Studium in NRW; Errichtung einer Stiftung „Stiftung für Hochschulzulassung“	1. Lesung	Überweisung an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie
14/7308	Gesetz zur Änderung des Zwölften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung	LANDESREGIERUNG – Verlängerung der Geltungsdauer des § 1b des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AG VwGO); Fortschreibung der Zuständigkeitsverteilung in asylergerichtlichen Streitigkeiten bis zum 31.12.2009	1. Lesung	Überweisung an den Rechtsausschuss
14/7307	Landesschuldenwesengesetz	LANDESREGIERUNG – Modernisierung des Schuldenwesens des Landes NRW	1. Lesung	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss
14/7075	Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Erhebung von Kirchensteuern im Land Nordrhein-Westfalen	LANDESREGIERUNG – Ausdehnung der Kirchensteuerabzugsverpflichtung auf die Fälle des Steuerabzugs vom Kapitalertrag, Anpassung des Kirchensteuergesetzes an die durch das Unternehmensteuerreformgesetz 2008 geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen	1. Lesung	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss
14/7055	Gerichtsgebührenbefreiungsgesetz	LANDESREGIERUNG – Redaktionelle Änderungen in § 2 des Gerichtsgebührenbefreiungsgesetzes	1. Lesung	Überweisung an den Rechtsausschuss
14/7000 14/7001 14/7002	Haushaltsgesetz 2009 in Verbindung damit Finanzplanung 2008 – 2012 sowie Gemeindefinanzierungsgesetz	LANDESREGIERUNG – Inhalt: Feststellung des Haushaltsplans	1. Lesung	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) sowie an die zuständigen Fachausschüsse
14/6927	Gesetz zur Änderung und Bereinigung von Vorschriften auf den Gebieten der Tierseuchenbekämpfung und der Beseitigung tierischer Nebenprodukte	LANDESREGIERUNG – Zusammenführung des Ausführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz sowie des Tierische-Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes zu einer einheitlichen Norm	2. Lesung	Angenommen mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der GRÜNEN
14/6795	Erstes Gesetz zur Änderung des Forstdienstausbildungsgesetzes NRW	LANDESREGIERUNG – Einstellungsvoraussetzungen für Vorbereitungsdienste für den gehobenen und höheren Forstdienst im Zusammenhang mit den eingeführten Bachelor- und Masterstudiengängen an forstwissenschaftlichen Hochschulen	2. Lesung	Einstimmig angenommen
14/6155	Gesetz zur Verankerung der getrennten Abwassergebühr (Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Einfügung eines neuen § 6 a „Abwasserbenutzungsabgaben“ nach § 6 des Kommunalabgabengesetzes vom 21.10.1969; Abkehr vom einheitlichen Gebührenmaßstab für die Erhebung der Abwassergebühren (Frischwassermaßstab), Verpflichtung der Gemeinden zur getrennten Bemessung nach verbrauchtem Trinkwasser und nach Niederschlagswasser	2. Lesung	Abgelehnt mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der GRÜNEN
14/4851	(Drittes) Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Abgeordnetengesetz – AbgG NRW)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Veröffentlichung aller anzeigepflichtigen Informationen bzgl. der Nebeneinkünfte, (Art, Höhe und Herkunft der Nebeneinkünfte); Ausnahmeregelung, Ahndung bei Nichtanzeige von Tatbeständen	2. Lesung	Abgelehnt mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der GRÜNEN

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er vom zuständigen Fachausschuss beraten. Auf unserer Internetseite www.landtagintern.de bzw. auf der Internetseite des Landtags www.landtag.nrw.de finden Sie ausführlichere Informationen zum Verfahren der Gesetzgebung bzw. zu Inhalt und Planung der aktuellen Gesetzesarbeit.

Belastungen bleiben oft lebenslang

Experten sprachen sich in öffentlicher Anhörung für Erhalt der Gefahrenzulage aus

21. August 2008 – „Feuerwehr- und Polizeizulage müssen wieder ruhegehaltstauglich werden bzw. bleiben!“, fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag (Drs. 14/6684). Über die Notwendigkeit einer entsprechenden rechtlichen Grundlage informierten sich Haushalts- und Finanzausschuss, Innenausschuss sowie der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform in einer öffentlichen Anhörung.

Ihr Dienstatag ist für Feuerwehrleute und Polizisten oft mit Risiken für Leben und Gesundheit verbunden. Als Ausgleich für diese körperlichen wie seelischen Belastungen hatten sie auch über ihre Pensionierung hinaus Anspruch auf eine Gefahrenzulage. Bislang fiel die Ruhegehaltstauglichkeit dieser Zulagen in die Zuständigkeit des Bundes, seit Inkrafttreten der Föderalismusreform liegen die Kompetenzen nun bei den Ländern. Für einen Teil der Feuerwehr- und Polizeibeamten ist zum 1. Januar 2008 die Ruhegehaltstauglichkeit ihrer Stellenzulage entfallen. Aus diesem Grund fordert die SPD-Fraktion die Landesregierung auf, eine rechtliche Grundlage zu schaffen, damit die Ruhegehaltstauglichkeit der Feuerwehr- und Polizeizulage für die betroffenen Beamten und Beamtinnen wiederhergestellt beziehungsweise erhalten bleibt.

Auch Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften, des Beamtenbundes und der Interessenvertretungen von Polizei und Feuerwehr betonten in der Anhörung einstimmig die Notwendigkeit der Ruhegehaltstauglichkeit. Sie führten aus, dass die Beamtinnen und Beamten der beiden Berufsgruppen zu jeder Tages- und Nachtzeit und oft unter großer psychischer und physischer Belastung schnell und verantwortlich ihre Aufgaben ausüben müssten. „Ausnahmesituationen im Leben der Anderen werden zu Alltagssituationen im Dienst des Polizeibeamten“, schilderte Erich Traphan vom Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personal der Polizei in NRW. Zum Alltag der Polizei- und Feuerwehrleute würden nicht selten Konfrontationen mit dem Tod von Kindern und Erwachsenen gehören.

Dass diese dienstlichen Belastungen nicht einfach wie eine Uniform ausgezogen und in der Dienststelle zurückgelassen werden könnten, berichtete Axel Strang, Leiter des Teams zur psychosozialen Unterstützung der Berufsfeuerwehr in Köln: „Ein betroffener Mitarbeiter leidet oft an schwerwiegenden Persönlichkeitsveränderungen, die sein Leben und sein soziales Umfeld erheblich beeinträchtigen“, so Strang. Der Feuerwehr- und Polizei-Notfallseelsorger für den Kreis Warendorf, Friederich Vogelpoth, wies ergänzend auf mögliche Langzeitschäden hin. Gespräche mit pensionierten Einsatzkräften zeigten, dass die

Beeinträchtigungen auch nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst erhalten bleiben würden. Aufgrund der Belastungen gingen viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Polizei und Feuerwehr frühzeitig in den Ruhestand. Ihre Lebenserwartung liege im Schnitt sieben Jahre unter der Lebenserwartung des Durchschnittsbürgers. Aus diesen Gründen sei es eine unzumutbare Härte, wenn die Zulage bei der Berechnung der Pension unberücksichtigt bliebe, so das Fazit der meisten Experten. Es handele sich bei der Zulage um eine verhältnismäßig kleine materielle Entschädigung zum Ausgleich eventueller Langzeitschäden. Auch in Bezug auf die finanzielle Mehrbelastung der Kommunen sahen die Vertreter der Gewerkschaften und Interessensgemeinschaften wenige Probleme.

Die finanzielle Belastung der kommunalen Haushalte stellte für die Vertreter der Städte- und Landkreistage sowie für den Bund der Steuerzahler jedoch den entscheidenden Grund dar, die Zulage nicht ruhegehaltstauglich werden zu lassen. Norbert Kronenberg vom Städtetag NRW betonte seine Achtung vor der Arbeit von Feuerwehr- und Polizeipersonal, machte jedoch auch darauf aufmerksam, dass eine Anerkennung durch Ruhegehaltstzulagen der falsche Weg sei. In seiner Stellungnahme plädierte auch der Bund der Steuerzahler gegen die Ruhegehaltstauglichkeit der Polizei- und Feuerwehrzulage: Bereits die Hälfte aller Steuereinnahmen im Land NRW würden zur Deckung der Personalkosten benötigt. Weitere Ausgaben für das Landespersonal erschwerten eine nachhaltige Finanzpolitik und stünden dem Schuldenabbau im Weg. Höhere Versorgungszahlungen für Pensionäre gingen auf Kosten heute Beschäftigter und jetzt lebender Steuerzahler. MS

Nachdem der Antrag der SPD-Fraktion (Drucksache 14/6684) am 15. Mai 2008 vom Plenum federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen wurde, beschloss dieser am 29. Mai die Durchführung einer öffentlichen Anhörung von Sachverständigen. Der Ausschuss wird in einer der kommenden Sitzungen abschließend über den Antrag beraten.



+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Die geplante Novellierung des Sparkassengesetzes bewerteten im **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Anke Brunn, SPD) externe Sachverständige im Rahmen einer Öffentlichen Anhörung. Im Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 14/6831) konnten sie Vorteile, aber auch Risiken erkennen. So erklärten die Präsidenten des Westfälisch-Lippischen sowie des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Dr. Rolf Gerlach und Michael Breuer, für eine zukunftsorientierte Ausrichtung der Sparkassen sei es notwendig, das bestehende Sparkassengesetz an veränderte EU-Regelungen anzupassen. Der nordrhein-westfälische DGB-Vorsitzende Guntram Schneider sah die Gemeinwohlorientierung der Sparkassen gefährdet. Gemeinsam mit dem Ver.di-Sprecher Hans-Ullrich Mühlhan warnte er ebenso wie Breuer und Gerlach vor einem Verlust von Arbeitsplätzen und forderte – unterstützt von den Vertretern der Kommunen –, dass flächendeckende Versorgung durch die Sparkassen sichergestellt bleiben müsse. Zeitgleich demonstrierten vor dem Landtag nach Polizeiangaben rund 7.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkassen. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di hatte zu der Demonstration aufgerufen, weil sie den Verkauf der Sparkassen an Privatbanken befürchtet.

+++

Gegen einen gesetzlich verankerten Anspruch aller Schülerinnen und Schüler auf eine warme Mittagsmahlzeit stimmte die Mehrheit der Abgeordneten im **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD). Die Regierungsfractionen von CDU und FDP lehnten einen Gesetzentwurf der GRÜNEN ab. Sie erklärten, der geforderte Rechtsanspruch auf eine warme Mittagsmahlzeit sei ordnungspolitisch falsch. Zugleich verwiesen sie auf den Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“. Dieser ermögliche rund 65.000 Schülerinnen und Schülern an Ganztagschulen schon jetzt ein warmes Mittagessen, verdeutlichte Schulministerin Barbara Sommer (CDU). Die Fraktionen von SPD und GRÜNEN dagegen kritisierten, der Landesfonds sei unterfinanziert und zeitlich befristet. Zudem dürfe er nicht auf Ganztagschulen beschränkt bleiben, sondern müsse auf weitere Schulformen ausgeweitet werden.

+++

Wie kann Nordrhein-Westfalen bei Bundeswettbewerben wieder besser abschneiden?“ fragte die SPD-Fraktion im **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung**

und **Technologie** (Vorsitz Ewald Groth, GRÜNE). In einer Aktuellen Viertelstunde beklagte die Fraktion, dass Nordrhein-Westfalen im Spitzencluster-Wettbewerb der Bundesregierung erfolglos geblieben sei. Auch der Anteil des Landes am bundesweiten Professorinnenprogramm sei mit 15 Prozent zu niedrig. Diesem Eindruck widersprach im Ausschuss Forschungsminister Prof. Andreas Pinkwart (FDP). Die Vorwürfe der Opposition hielt er für „gewagt“, schließlich könne Nordrhein-Westfalen im Programm zur Förderung von Professorinnen eine hohe Erfolgsquote vorweisen. Die Ergebnisse des Cluster-Wettbewerbs müsse man „sportlich sehen“, erklärte Pinkwart: „Ich gehe davon aus, dass wir in den nächsten Wettbewerbsrunden bessere Ergebnisse einfahren.“ Der Cluster-Wettbewerb soll die Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft fördern.



Ob Jugendparlamente in den Kommunen verpflichtend eingeführt werden sollen, diskutierten die Abgeordneten im **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** (stellvertretender Vorsitz Josef Wilp, CDU). Die Ausschussmitglieder behandelten somit einen Beschluss des 1. Jugend-Landtags NRW. 187 Jugendliche hatten im Juni als „Abgeordnete“ im Düsseldorfer Landesparlament vorgeschlagen, die Einrichtung von kommunalen Jugendparlamenten in der Gemeindeordnung festzuschreiben. Die Abgeordneten im Kommunalausschuss sprachen sich nun mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP gegen diesen Vorschlag aus. Sie erklärten, eine Reform der Gemeindeordnung würde dem

kommunalpolitischen Engagement von Jugendlichen nicht zu gute kommen. So bestehe die Gefahr, dass verpflichtend eingeführte Jugendparlamente von den Kommunen lediglich als „notwendiges Übel“ angesehen werden könnten, meinte Thomas Jarzombek (CDU). In diesem Kontext verwies Horst Engel (FDP) auf die kommunale Selbstverwaltung und erklärte, die Einrichtung von Jugendparlamenten müsse von den politischen Akteuren vor Ort selbst gestaltet werden. Auch Hans-Willi Körfges (SPD) hielt den Vorschlag der Jugendlichen für „systematisch schwierig.“ Seine Fraktion enthielt sich der Stimme und forderte, der Kommunalausschuss möge sich weiterhin mit dem Thema befassen. Zustimmend auf den Vorschlag der Jugendlichen reagierte der Grünen-Politiker Horst Becker. „Wir wollen eine solche Verankerung in der Gemeindeordnung“, erklärte er für seine Partei.

+++

Die Serie von Chemie- und Gasunfällen in Nordrhein-Westfalen thematisierte der Landtag in einer Sondersitzung (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU). **Umweltausschuss, Kommunalausschuss, Wirtschaftsausschuss und Innenausschuss** diskutierten gemeinsam über Konsequenzen, die aus den jüngsten Störfällen für den Katastrophenschutz zu ziehen seien. „Es muss alles Erforderliche getan werden, um Vorsorge gegen Gefahren zu treffen und Betroffene bestmöglich zu schützen“, betonte Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU). Nordrhein-Westfalen sei ein sicherer Chemiestandort. Die Oppositionsfractionen dagegen kritisierten, die Störfälle seien eine Folge mangelnder Kontrollen durch eine kommunalisierte Umweltverwaltung. Anlass für die Sondersitzung bot unter anderem ein Störfall in einer Lackfabrik in Mönchengladbach. Dort waren nach einem Großbrand im August 15 Tonnen Kohlendioxid ausgetreten. 107 Personen wurden dadurch verletzt.

+++

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächsten Sprechstunden in der Dependence des Landtags, der Villa Horion, sind für den 22. September und den 20. Oktober 2008 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter der Nummer 0211 884-4444 erforderlich.

Den Teufelskreis durchbrechen

Öffentliche Anhörung zum Thema Kinderschutz

21. August 2008 – Für einen verbesserten Kinderschutz in Nordrhein-Westfalen setzen sich die vier Fraktionen im Landtag ein. CDU, SPD, FDP und GRÜNE fordern in einem gemeinsamen Antrag (Drs. 14/2580) die Landesregierung auf, geeignete Maßnahmen gegen die Vernachlässigung von Kindern zu ergreifen. So schlagen sie vor, vor Aufnahme in eine Kindertagesstätte eine ärztliche Untersuchung für Kinder verpflichtend einzuführen. Zur praktischen Umsetzung äußerten sich im Ausschuss für Generationen, Familie und Integration (Vorsitz Andrea Milz, CDU) Sachverständige aus dem Gesundheits- und Sozialbereich.

Wir haben keine belastbaren Zahlen und können deshalb nur Vermutungen anstellen“, so Dr. Erwin Jordan vom Münsteraner Institut für Soziale Arbeit (ISA). „Nur ein Bruchteil der Fälle von Kindesvernachlässigung werden im öffentlichen Bereich tatsächlich sichtbar. Hier gibt es ein großes Dunkelfeld.“ Die Sachverständigen äußerten daher gegenüber den Parlamentariern den Wunsch, eine repräsentative Studie in Auftrag zu geben. Es sei zu vermuten, dass immer mehr Kinder in ihren Familien vernachlässigt würden, meinte Dieter Gresse vom Landesverband des Deutschen Kinder- und Jugendschutzbundes. So sei zum Beispiel in Essen die Zahl der Kinder deutlich gestiegen, die vom dortigen Jugendamt aufgrund familiärer Notsituationen in Obhut genommen werden mussten – von insgesamt 207 Fällen im Jahr 2005 auf 374 Fälle im Jahr 2007. Als Gründe für diese Entwicklung seien „finanzielle und familiäre Krisen“ im direkten Umfeld der Heranwachsenden auszumachen. Zu den wichtigsten Risikofaktoren gehörten Armut, soziale Ausgrenzung in „prekären Lebenslagen“, aber auch die schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Eine verpflichtende ärztliche Untersuchung von Kindern vor Aufnahme in eine Kin-

dertagesstätte könne helfen, Fälle von Vernachlässigung frühzeitig zu erkennen und geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen, erklärten die Sachverständigen. Im Familienausschuss war jedoch unklar, inwieweit dieses Instrument des Kinderschutzes mit den geltenden Bestimmungen zum Datenschutz zu vereinbaren sei. „Sollen wir Eltern, die ihr Kind misshandeln, erst um Erlaubnis fragen, ob wir ihre Daten an die zuständigen Stellen weitergeben dürfen?“, fragte Dr. Thomas Fischbach vom Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte in die Runde.

DATENSCHUTZ

Er gab den Abgeordneten zu bedenken, dass den Kinderärzten die Möglichkeit gegeben werden müsse, auch untereinander Informationen zu bekannten Fällen von Vernachlässigung auszutauschen. Nur so könne ein „Doctor-Hopping“ verhindert werden, bei dem Eltern den behandelnden Kinderarzt regelmäßig wechseln, um Vernachlässigung bewusst zu verbergen. Dr. Martina Levartz von der Ärztekammer Nordrhein merkte vor diesem Hintergrund an, dass den Ärzten eine gemeinsame Datei mit Unter-

suchungsbefunden zur Verfügung stehen müsse. An dieser Stelle sei zum Wohle der betroffenen Kinder die ärztliche Schweigepflicht zu „modifizieren“.

In ihren Stellungnahmen forderten alle Sachverständigen, die unterschiedlichen Kompetenzen und Zuständigkeiten im Kinderschutz stärker aufeinander zu beziehen. „Der Schutz von Kindern vor Gewalt und Vernachlässigung ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der Bund, Länder und Kommunen gemeinsam gefordert sind“, erklärte die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände in Nordrhein-Westfalen. Und Dr. Michael Schwarzenau von der Ärztekammer Westfalen-Lippe betonte: „Wir benötigen eine bessere Vernetzung von Gesundheits-, Sozial- und Familienpolitik.“ Nur so sei es in Zukunft effektiv möglich, einen bekannten „Teufelskreis“ zu durchbrechen: „Viele Eltern haben in ihrer Kindheit selbst Vernachlässigung und Gewalt erfahren. Diese Erlebnisse geben sie an ihre Kinder weiter.“

SW

Der Familienausschuss wird sich auf einer der kommenden Sitzungen nochmals mit diesem Thema befassen (nächstmöglicher Termin: 16. Oktober 2009).

Düsseldorfs neuer Oberbürgermeister Dirk Elbers zu Gast bei der CDU-Landtagsfraktion



Sie haben ein gutes Erbe übernommen. Ich bin sicher, dass Sie dieses Erbe mehr werden.“ Das gab der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Helmut Stahl, dem Ende August mit einer überragenden Mehrheit von 59,7 Prozent direkt zum Oberbürgermeister gewählten Dirk Elbers mit auf den Weg. Der 48-jährige Elbers tritt damit die Nachfolge des im Frühjahr verstorbenen Düsseldorfer Oberbürgermeisters Joachim Erwin an.

Die CDU-Landtagsfraktion hatte den neuen Oberbürgermeister der Landeshauptstadt zwei Tage nach seinem Wahlerfolg in ihre Fraktionssitzung eingeladen und mit viel Applaus und stehenden Ovationen willkommen geheißen. Seine Wahl sei ein gutes Signal für die anstehenden Kommunal-, Europa- und Bundestagswahlen in 2009 sowie die NRW-

Fraktionschef Helmut Stahl (r.) und Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (l.) gratulieren Oberbürgermeister Dirk Elbers zu seinem Wahlerfolg.

Landtagswahlen in 2010, freute sich Elbers vor der Fraktion: „Wir gehen heute gestärkt in die nächsten Wahlkämpfe.“ Der Erfolg der Oberbürgermeisterwahl in Düsseldorf sei auch ein Erfolg der CDU Düsseldorf, die sehr gut

gearbeitet habe, erklärte Fraktionschef Helmut Stahl und sicherte Elbers zu: „Es wird uns in der Zukunft vieles zusammenführen. Ich freue mich auf die gemeinsame Zusammenarbeit.“



FDP setzt sich für mehr Betriebskindergärten in NRW ein



In Nordrhein-Westfalen soll es künftig deutlich mehr Betriebskindergärten geben als bislang. Für dieses Ziel setzt sich die FDP-Fraktion im Düsseldorfer Landtag mit Nachdruck ein. Auf Anregung von FDP-Fraktionsvize Christian Lindner hat die Regierungskoalition aus FDP und CDU die Landesregierung nun in einer parlamentarischen Initiative dazu aufgefordert, verstärkte Anstrengungen zur Einrichtung von Betriebskindergärten zu unternehmen. Denn aktuell gibt es in Nordrhein-Westfalen lediglich 39 Betriebskindergärten mit insgesamt 825 Plätzen. „Damit werden weniger als 0,2 Prozent der Kindergartenkinder in betrieblichen Einrichtungen gefördert“, betont der FDP-Familienpolitiker.

Aus Sicht der Liberalen gibt es angesichts dieser ernüchternden Zahlen dringenden Verbesserungsbedarf. Gerade weil Betriebskindergärten besondere Vorteile bieten. Lindner ist überzeugt, dass die betrieblichen Betreu-

ungs- und Bildungsangebote die Bedürfnisse der Eltern nach Arbeitsplatznähe und flexiblen Öffnungszeiten erheblich besser erfüllen. Und auch die Arbeitgeber hätten einen Vorteil: Sie könnten von der steigenden Produktivität der Arbeitnehmer profitieren. „Zugleich entfallen erhebliche Kosten für die Rekrutierung und Einarbeitung neuer Mitarbeiter, da qualifizierte Frauen und Männer, die sonst aus familiären Gründen nicht in den Beruf zurückkehren könnten, den Unternehmen weiter zur Verfügung stehen“, erläutert FDP-Familienexperte Lindner.

Die Landesregierung soll nun prüfen, ob bürokratische, rechtliche oder organisatorische Hürden die Einrichtung von Betriebskindergärten bremsen. Zudem sollen Wirtschaft, Gewerkschaften und Kommunen für ein gemeinsames Engagement gewonnen werden, um die Vorteile und die Möglichkeiten der betrieblichen Kinderbetreuung zu kommunizieren und verstärkt hierfür zu werben.

Hände weg von unseren Sparkassen!

Begleitet von einer Demonstration vor dem Landtag mit über 8.000 Teilnehmern fand am 11. September 2008 die Anhörung zum Entwurf der schwarz-gelben Landesregierung für ein neues Sparkassengesetz statt. Bereits im Vorfeld hatten beide Sparkassenverbände, die Gewerkschaften und auch alle kommunalen Spitzenverbände den Gesetzesentwurf abgelehnt. Diese Einschätzung teilten auch die Experten in der Anhörung: Dieses Sparkassengesetz muss sofort gestoppt werden, weil es die Einführung von Trägerkapital, den Zwangsverbund mit privaten Banken und die Aufgabe der Gemeinnützigkeit beinhaltet. Dadurch wird der Verkauf unserer Sparkassen durch eine schleichende Privatisierung ermöglicht. Insgesamt gefährdet die Regierung Rüttgers 110 Sparkassen, 2.500 Geschäftsstellen, 63.000 Arbeitsplätze und 3.500 Ausbildungsplätze in Nordrhein-Westfalen. Damit steht die „Sparkasse um die Ecke“ vor dem Aus, die nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger wichtig ist, sondern auch das Geldinstitut für das örtliche Handwerk und Partner des regionalen Mittelstandes ist.

Mit der von CDU und FDP geplanten Streichung der Gemeinnützigkeit der Sparkassen droht aber nicht nur die Gefahr der Privatisierung. Auch die Förderung von Sportvereinen, Kulturveranstaltungen und sozialen Einrichtungen hätte ein Ende. Deswegen sind sich die Bürgerinnen und Bürger, die

Beschäftigten, Vereine und Verbände mit der SPD im Düsseldorfer Landtag einig: Hände weg von unseren Sparkassen – das Gesetz muss sofort gestoppt werden! Weitere Informationen gibt es auch im Internet: www.sparkassen-erhalten.de

**NRW
SPD
Die Fraktion**



Die Besten für die Jüngsten – GRÜNE fordern Hochschulausbildung für Kitapersonal



Erzieherinnen und Erzieher leisten bereits heute eine hervorragende Arbeit in den Kindergärten. Dies geschieht allerdings nur im Rahmen dessen, was die bisherige Aus-, Fort- und Weiterbildung zulässt. Diesen Rahmen für alle Beschäftigten in der Kinderbetreuung zu erweitern, ist Anliegen der Grünen Landtagsfraktion.

Bislang wird nach dem Motto ausgebildet, dass für die Arbeit mit den Kleinsten auch die kleinste Ausbildung reicht. Das Gegenteil müsste aber der Fall sein. Denn in Kindertagesstätten wird das Fundament für den Bildungserwerb gelegt, auf dem die Schulen aufbauen müssen.

Durch die Einführung von Bachelor-Studiengängen muss die Ausbildung internationalen Standards angepasst werden. Deutschland ist beim Ausbildungsniveau bisher europäisches Schlusslicht. Mit der höheren Ausbildung zur Elementarpädagogin oder zum Elementarpädagogen müssen dann die Gehälter an die der Lehrkräfte an Grundschulen angeglichen werden. Als ersten Schritt sollen die Einrichtungsleitungen eine akademische Ausbildung bekommen.

Darüber hinaus sind Weiterbildungsangebote zu schaffen, damit sich Kinderpfleger zu Erziehern, Erzieherinnen zu Elementarpädagoginnen qualifizieren können. Mehr Durchlässigkeit zwischen den Berufen und internationale Anschlussfähigkeit ist die Devise. Auch Fortbildungsangebote ohne formale Höherqualifizierung, z.B. zur Sprachförderung, sind auszubauen.

In verbalen Bekundungen teilt die Landesregierung durchaus diese Sichtweise, bleibt jedoch selbst untätig. Im Gegenteil: Das Kinderbildungsgesetz sieht die Entlohnung von Fachkräften mit Bachelor-Abschluss nicht vor. Im Landshaushalt fehlen Mittel für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Allerdings nützt auch die beste Ausbildung nicht viel, wenn die Rahmenbedingungen für die pädagogische Arbeit insgesamt nicht stimmen. Eine bessere Relation von Erzieherinnen oder Erziehern zu Kindern (Personalschlüssel) und höhere Qualität sind dringend geboten: den Kindern zuliebe!





NRW-Tag in Wuppertal

Bewegt und bewegend feierte Nordrhein-Westfalen den 62. Geburtstag des Landes in Wuppertal. Bei strahlendem Sommerwetter informierten sich rund 700.000 Menschen über das politische, kulturelle und gesellschaftliche Leben in NRW. Auch im Zelt des Landtags drängten sich die Besuchermassen. Dort standen die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie die Landtagsverwaltung als Gesprächspartner zur Verfügung. Zahlreiche Abgeordnete und die politische Prominenz des Landes von Fraktionsvorsitzenden, Ministern bis hin zum Ministerpräsidenten stellten sich den Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Hier einige Impressionen.



Fotos: Henkel

Porträt: Oliver Wittke, CDU



Als NRW-Minister für Bauen und Verkehr ist Oliver Wittke ein viel beschäftigter Mann. Dennoch versichert der CDU-Politiker: „Briefe, die aus meiner Heimatstadt Gelsenkirchen kommen, beantworte ich grundsätzlich persönlich.“ Das gelte uneingeschränkt, gleich ob die Wählerpost an ihn als Abgeordneten oder als Minister gerichtet sei. „Ich nehme meine Wahlkreisarbeit ernst“, betont der Christdemokrat. Er hat ein Büro mit einem Mitarbeiter vor Ort und nimmt möglichst viele Termine in seinem Wahlkreis wahr. Mit einem feinen Lächeln fügt Wittke hinzu: „Als Minister kann man zuweilen auch noch einen Tack mehr für den Wahlkreis tun.“ Der rührige NRW-Bauminister ist überzeugter Gelsenkirchener. „Ich kenne fast jeden Winkel in der Stadt“, betont er und schiebt augenzwinkernd nach, dass er nur in Marl geboren wurde, weil die dortige Entbindungsanstalt als besonders gut galt. Wittke ist mit der Stadt von Schalke 04 verwachsen. Er war ihr erster und jüngster CDU-Oberbürgermeister und wohnt dort auch heute mit seiner Frau und zwei Söhnen.

Der umtriebige CDU-Mann ist schon früh zur Politik gekommen. Mit 15 Jahren trat er in die Junge Union ein, ein Jahr später in die CDU. „Ich bin durch den NATO-Doppelbeschluss Ende der 70er-Jahre politisiert worden“, sagt Wittke. Gegen den Polit-Trend in der damaligen Jugend hielt er es für richtig, dem Osten mit Stärke zu begegnen. „Also ich sag mal: Opportunismus war bei meinem Parteieintritt nicht im Spiel“, erinnert er sich lachend.

Bereits mit 23 Jahren saß er dann im Rat der Stadt Gelsenkirchen. Von 1990 bis 1996 war er Vorsitzender der JU Ruhrgebiet. Seit 1992 ist er stellvertretender Vorsitzender der CDU Ruhr, 1995 wurde er Landtagsabgeordneter und 1999 in einer spektakulären Wahlentscheidung

CDU-Oberbürgermeister in „Gelsenkiärken.“ Seit 2001 ist Wittke stellvertretender CDU-Landesvorsitzender.

Nach Abitur und Wehrdienst studierte Wittke Wirtschaftswissenschaft und Geographie an der Ruhr-Universität in Bochum. Danach arbeitete er als Diplom-Geograph bei einer Entwicklungsagentur. Ab 1995 verzahnten sich Politik und Beruf. Wittke ging auf eine halbe Stelle, um ausreichend Zeit für seine Arbeit als Parlamentarier zu haben. „Ich habe mich speziell um Migrationspolitik gekümmert. Damals war ich der erste Sprecher für diesen Bereich und habe Papiere erarbeitet, für die ich viel Prügel bezog, die heute aber zum Allgemeingut der CDU gehören“, erinnert sich der CDU-Parlamentarier an seine erste Legislaturperiode. Die Thematik findet Oliver Wittke so interessant und wichtig, dass er bis heute beim Deutsch-türkischen Forum als Vize-Vorsitzender mitarbeitet.

Als die Union 1998 einen OB-Kandidaten für die neue Einmannspitze in Gelsenkirchen suchte, trat Wittke an. „Ich habe mich richtig in den Wahlkampf ‘reingehängt, aber keine Sekunde an einen Erfolg geglaubt“, weiß er noch heute. Doch eine besondere Politlage, Engagement und Glück verhalfen dem damals 32-Jährigen auf den Oberbürgermeisterstuhl. Allerdings setzte die SPD alles daran, ihm den Posten bei der nächsten Wahl erfolgreich wieder abzugeben.

Nach kurzem Zwischenstopp im Beruf holte Regierungschef Jürgen Rüttgers den munteren Christdemokraten 2005 als Bauminister in das schwarz-gelbe NRW-Landeskabinett. „Wenn ich mir ein Ministerium hätte malen dürfen, ich hätte es mir genau so gezeichnet, wie es heute ist“, versichert der CDU-Politiker. „Eine funktionierende Infrastruktur ist das Rückgrat der Wirtschaft“, betont Wittke die Bedeutung der Verkehrspolitik. Als Kür in seinem Zuständigkeitsbereich sieht er die Stadtentwicklungspolitik und als Sahnehäubchen obendrauf die Denkmalpflege.

Natürlich will der 42-Jährige erneut für den Landtag kandidieren. Wittke: „Ich habe den Ehrgeiz, den Wahlkreis direkt zu holen.“ Da es nach neuem Wahlrecht künftig zwei Stimmen gibt, rechnet sich Wittke gute Chancen aus, 2010 im ersten Anlauf in den Landtag einzuziehen. „Ich hoffe, dass die Wähler genau hinschauen, wer sich wie für die Belange der Bürger einsetzt“, meint der CDU-Mann zuversichtlich.

Jede Minute Freizeit, die neben seinem Ministeramt und der Familie übrig bleiben, investiert Oliver Wittke in sein Hobby: die Jagd. „Da sitze ich und beobachte vor allem die Natur. Das ist für mich Entspannung pur“, begeistert sich der CDU-Politiker und fügt hinzu: „Das Schönste ist: Mein ältester Sohn geht schon mit auf den Hochsitz.“

Gerlind Schaidt

FCL zwingt Air Berlin nieder

Es war ein Spiel auf hohem Niveau, wie es der Fußballfan von zwei Spitzenklubs der Liga erwarten kann. Das Paul-Janes-Stadion in Düsseldorf war bei leichtem Regen und sehr gut bespielbarem Rasen die Arena für einen harten Fight, für kompromisslose Zweikämpfe, aber auch für feine Passfolgen und technische Kabinettstückchen. Air Berlin stellte das jüngere, das schnellere Team, das in der ersten Halbzeit das Spiel weitgehend bestimmte und mit schnellen Kombinationen die FCL-Abwehr knacken wollte. Diese ließ so gut wie kein Durchkommen zu. Und wenn, so wurde der Ball eine sichere Beute von FCL-Keeper Rene Markgraf. Einmal schlupfte auch der FCL durch den Abwehrriegel von Air Berlin. Willi Nowack nahm eine Flanke mit sehenswerter Flugeinlage volley, jagte den Ball aber über das Tor. In der 2. Halbzeit kam der FCL mit dem eingewechselten Stojan Petrov besser ins Spiel. Die Folge: ein offener Schlagabtausch. So hatte Rene Markgraf im FCL-Tor mehrfach Gelegenheit, sich auszuzeichnen. Carsten Herlitz räumte vor dem FCL-Strafraum resolut auf. Wolfgang Euteneuer setzte ideenreich die immer anspielbereiten Ibi und Rene Halverkamp in Szene. Kampf- und lauffast auch Werner Mayer und Dirk Schüttrumpf. Der Einsatz zahlte sich wenige Minuten vor Abpfiff aus. Stojan Petrov spielte im Strafraum von Air Berlin Willi Nowack frei und dieser schob die Kugel kaltblütig ins Netz: 1 – 0. Ein schöner Sieg für den FC Landtag. Ein starker Auftritt gegen einen starken Gegner. ■

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinker, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weiskirchen (Chefredakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion) Redaktionelle Mitarbeit:

Doro Dietsch, Sebastian Wuwer
Telefon (0211) 884-2304, 884-2545, 884-2309 und 884-2450
Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 18. September 2008 bis 22. Oktober 2008

21.09. Hilser, Dieter (SPD)	55
24.09. Wittke, Oliver (CDU)	42
26.09. Schittges, Winfried (CDU)	62
27.09. Ruff-Händelkes, Monika (SPD)	48
27.09. Dr. Petersen, Jens (CDU)	38
29.09. Schulze, Svenja (SPD)	40
09.10. Gatter, Stephan (SPD)	53
10.10. Groth, Ewald (GRÜNE)	55
11.10. Gießelmann, Helga (SPD)	59
11.10. Dr. Bovermann, Rainer (SPD)	51
12.10. Behrens, Fritz (SPD)	60
13.10. Knieps, Franz-Josef (CDU)	66
13.10. Schmitz, Wolfgang (CDU)	60

Ehemalige Abgeordnete

26.09. Heidemann, Eva (CDU)	75
27.09. Braun, Manfred (SPD)	80
06.10. Frey, Karl (CDU)	80

Ausstellungen

Die Geschichte der Slowakei

Eine Ausstellung über die Geschichte der Slowakei ist vom 23.09. – 06.10.2008 im Landtag zu sehen. Hintergrund ist der 40. Jahrestag des Einmarsches der Truppen des Warschauer Paktes in die damalige Tschechoslowakei. Die Ausstellung „Die magische Acht in der Geschichte der Slowakei“ zeigt die Jubiläen gleich mehrerer Ereignisse, die zufälligerweise mit der Zahl acht enden: 1848, 1918, 1938, 1948 und 1968.

„Fundort Rheinland“

Vom 22.10. – 07.11.2008 sehen Sie im Landtag die Ausstellung „Fundort Rheinland“ über eine der archäologisch fundreichsten Regionen Europas. Gezeigt werden Neufunde von der Erdgeschichte bis in die jüngste Vergangenheit. Die Denkmalpflege gibt Einblicke in ihre Aufgabengebiete, Arbeitsmethoden, aktuelle Forschungsprojekte und -ergebnisse.

Die Ausstellungen sind montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr zu besichtigen. Um vorherige Anmeldung wird gebeten (Tel. 0211/884-2129 oder veranstaltungen@landtag.nrw.de)

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 18. September 2008 ein: Um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Das Parlament entdecken ...

... können Besucherinnen und Besucher an den Tagen der offenen Tür am 20. und 21. September 2008 im Landtag Nordrhein-Westfalen. Landtagspräsidentin Regina van Dinter und die Landtagsfraktionen laden alle Bürgerinnen und Bürger herzlich in das Parlamentsgebäude am Düsseldorfer Rheinufer ein. An beiden Tagen des Wochenendes gibt es von 10 bis 18 Uhr eine Menge zu sehen, zu hören und zu schmecken. Die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN informieren über ihre parlamentarische Arbeit. Im Plenarsaal, im Empfangsraum der Präsidentin und an den Ständen der Landtagsverwaltung erhalten Besucher spannende Einblicke in den Parlamentsbetrieb. Ein vielfältiges Rahmenprogramm mit Musik und Tanz, mit Kultur und Kulinarischem rundet das Wochenende ab. Mit den Tagen der offenen Tür feiert der Landtag das 20-jährige Bestehen des Parlamentsgebäudes. Außerdem beteiligen sich am 21. September die Stadt Düsseldorf und der Landtag mit einem gemeinsamen Fest am Weltkindertag.

Foto: Schälte